

Parlamentsbrief.

Berlin, 27. Februar.

Es ist peinlich, über die heutige Sitzung des Reichstages zu sprechen. Ueber die Wiedereinführung der Berufung wurde von einer Mitgliederanzahl verhandelt, die selbst im günstigsten Augenblicke nicht die Hälfte der beschlußfähigen Anzahl erreichte. Diejenigen, welche nicht selbst redelustig waren, zeigten auch nicht einmal die Neigung zuzuhören. Es liegt in dieser Thatsache eine schneidende Kritik des gestellten Antrages; wenn ein Antrag wirklich zeitgemäß ist, so findet sich für ihn auch Theilnahme.

Man kann sich nicht verhehlen, daß außerhalb Preußens die Wiedereinführung der Berufung auf gar keine Sympathien stößt; alle Fälle, die für die Nothwendigkeit derselben geltend gemacht werden, sind der Praxis preussischer Gerichte entnommen. Und auch in Preußen sind es überwiegend nur die Anwälte, welche die Agitation betreiben. Man täuscht sich, wenn man glaubt, derselbe habe in der öffentlichen Meinung Wurzeln geschlagen.

Wie man auch über die Sache selbst denken mag, politisch war es ein Mißgriff, sie im gegenwärtigen Augenblicke anzuregen. Der Gegenstand ist im Jahre 1876 gründlich erwogen worden, und auch der, welcher glaubt, die Entscheidung des Reichstages von 1876 sei eine falsche gewesen, kann keine Hoffnung hegen, durch die Berufung an den Reichstag von 1886 ein besseres Resultat zu erzielen. Es fehlen die neuen Argumente.

Der Versuch, sich nicht auf eine Resolution zu beschränken, sondern einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf einzubringen, ist völlig fehlgeschlagen. Die Anhänger der Berufung theilen sich in Betreff der Einzelheiten in verschiedene Lager und liefern durch die Heftigkeit, mit welcher sie sich gegenseitig bekämpfen, den Beweis, wie mißlich das ganze Unternehmen ist. Sollte die Absicht bestehen, den Antrag unter allen Umständen durchzubringen, so wird er dem Reichstag noch eine Anzahl von Sitzungen kosten.

Die Sitzung des Herrenhauses war sehr besucht; die Zuhörer hatten auf die Anwesenheit des Fürsten Bismarck gerechnet, der sich aber wegen Unwohlseins entschuldigen ließ. Die Debatte war ein sehr verspäteter Nachklang derjenigen über den Antrag Achenbach, und wiederholte die Argumente, die in dieser beiderseits vorgetragen waren, natürlich in der gemessenen Form, der im Herrenhause sich alle Parteien mit Einschluß der Polen unterwarfen. Das Wort führte Fürst Ferdinand Radziwill, der Urenkel des Prinzen Ferdinand von Preußen. Es lag auf der Hand, daß weder von ihm, noch von seinen Gegnern so erregte Ausdrücke gebraucht werden konnten, wie sie im Abgeordnetenhause gefallen sind. Der Bischof Kopp von Fulda führte sich als Mitglied des Hauses und Redner ein und lieferte den Beweis, daß er keineswegs geneigt ist, mit beiden Füßen in das Regierungslager hinüber zu springen. Er erklärte, sich der Abstimmung enthalten zu wollen. Sein Verhalten bei der kirchenpolitischen Debatte, die bevorsteht, wird zeigen, ob er die Erwartungen, welche die Regierung an seine Berufung in das Herrenhaus geknüpft hat, in der That erfüllen wird. Ich vermute, daß er sich zu der Centrumpartei im Abgeordnetenhause verhalten wird, wie Fürst Radziwill zu der polnischen Partei in diesem Hause. Er wird sich bestreben, in möglichst milden Formen daselbe zu sagen, was Herr von Schorlemer in möglichst schroffen Formen sagt.

Bei der Debatte über die Secundärbahnen im Abgeordnetenhause kam es zu principiellen Erörterungen nicht.

Landtag.

Abgeordnetenhaus. 30. Sitzung vom 27. Februar.

Am Ministertische: Maybach und Commissarien.

Auf der Tagesordnung steht: Erste Berathung des Gesetzentwurfs,

Das Einöb-Tonerk.

Von E. Reiter.

Kling! Klang! Es war kein Freudenton, wenn der Einöb-Tonerk durch die Dorfstraße zog, und in seinen mageren Händen das Glöckchen schwang; die Weiber knieten nieder, die Männer zogen die Mägen und beteten sich, und war er am Ziele, so sah er weinende Gesichter, oder, was noch trostloser war, einen ganz Verlassenen, um den Niemand weinte. . . . er läutete das Sterbeglöckchen! —

Vielleicht war er deshalb so ein stiller scheuer Bub, vielleicht auch hatte er's von der Mutter, die er niemals lachen gesehen; wenn sie ihn küßte, war es unter Thränen, und immer blässer und kränker wurde sie, und immer sonderbarer. Sie mied die Leute und wurde gemieden, und dräben in der Einöb, wo sie mit dem Kinde eine elende Hütte bewohnte, ließ sich oft Tage lang keine Seele blicken, höchstens einmal ein Sommer-Auszügler, der vom Radstadter Tauerne kommend, sich abseits von dem lieblichen Thale in die romantische Einöb verirrete, stand nun das bleiche Weib unter der Thüre, so erschrocken der Fremde fast über den unheimlichen Blick aus den schwarzen Augen, und die Bitte nach einem frischen Trunk wurde unterdrückt, um aus der Nähe des beinahe wie wahnsinnig aussehenden Gesichtes zu kommen.

Für den armen Jungen freilich hatte der starre Blick des Weibes nichts Unheimliches, der hatte sein kindliches Herz an sein „Mutterle“ gehängt, sowie er schon in so zartem Alter, er zählte kaum zehn Jahre, alle Kraft seiner schwachen Arme anstregte, um ihr etwas zu Lieb' zu thun. Die Kinder im Dorfe wichen ihm aus, gerade wie die großen Leute seiner Mutter; aber er kümmerte sich nicht darum; seine frohen Stunden waren die, wenn er fast athemlos der Hütte zuwies, einige mühsam verdiente Kreuzer in der kleinen braunen Hand, um den redlich erworbenen Lohn der Mutter heimlich in die Tischlade zu legen. Was so ein junges Menschenkind unternehmen konnte, das griff er tapfer an; seit einem Jahre bekleidete er das Amt des „Glöckchenbuben“ der dem Pfarrer voran läutete, wenn dieser einem Sterbenden den letzten Trost bringen ging. Oft waren es beschwerliche Wege, namentlich im Winter, wo sie manchmal stundenweit über Eis und Schnee wandern mußten, und stets hielt der Kleine unverdrossen aus, in der nimmer müden Hand das Glöckchen schwingend. Am Abend saß er dann neben der Mutter, legte den Kopf in ihren Schooß, und während ihre zitternden Finger durch sein langes blondes Haar glitten, erzählte er, was er da und dort ge-

*) Nachdruck verboten.

betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Betheiligung des Staates bei mehreren Privatbahnunternehmungen.

Zum Wort melden sich 29 Redner, 17 gegen, 12 für die Vorlage.

Abg. Jacobs (Landberg) bittet, in die nächsten Secundärbahnstrecke eine Linie Meseritz-Schwerin-Landsberg aufzunehmen.

Abg. Lehmann steht der Vorlage sympathisch gegenüber, bedauert aber, daß die Rheinprovinz nur mit zwei Bahnen bedacht ist. Das Gebiet der Eifel, des Hunsrück und des Hochwaldes verdient entschieden der Berücksichtigung bei einem weiteren Ausbau des Secundärbahnnetzes. Vor Allem sollte die Fortsetzung der Eisenbahnlinie von Trier nach Hermeskeil in Erwägung gezogen werden.

Abg. Meyer (Breslau) weist darauf hin, daß zur Begründung der projectirten Bahnlinie Teusenthal-Salmünde auf die Zuderfabrik in Bentendorf und die Kalköfen in Sölm hingewiesen ist. Aber Bentendorf, das an dieser Bahnlinie liegt, besitzt keine Zuderfabrik und die Kalköfen in Sölm brennen nicht mehr. Es wäre überhaupt richtiger, Salmünde an Halle anzuschließen. Redner bittet schließlich um Auskunst, wie es mit dem Bahnproject Grünberg-Sagan steht.

Abg. Ebertz weist darauf hin, daß der Bau einer Eisenbahnlinie Hirschberg-Bönnische Landesgrenze schon vor langer Zeit in Erwägung gezogen sei, ohne daß er bis jetzt zur Ausführung gelangt sei.

Abg. Olzem ersucht um Fortsetzung der Linie Trier-Hermeskeil und um eine Verbindung der Rhein-Nahabahn mit den pfälzischen Bahnen.

Minister Maybach erwidert, daß auch die Regierung die Ueberzeugung habe, daß für den Ausbau des Secundärbahnnetzes noch viel geschehen müsse. Inzwischen auch das bisher Erreichte ist erfreulich. Seit dem Jahre 1880 sind 6400 Kilometer neuer Bahnen gebaut worden, d. h. so viel als der Umfang des ganzen Eisenbahnnetzes des Königreichs Bayern beträgt. Die Regierung wird darauf bedacht sein, in den Provinzen Ost- und Westpreußen, in der Rheinprovinz und Schlesien den laut gewordenen Wünschen Rechnung zu tragen. Daß Herr Abg. Meyer für den Anschluß der Salmündener Bahn an Halle eintritt, erklärt sich wohl daraus, daß er Reichstagsabgeordneter für Halle ist. Es kann in diesem Augenblicke nicht schon über alle ungeforderten Projecte Auskunst erteilt werden; aber die vorgetragenen Wünsche sollen registriert und einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Abg. zur Nedde tritt im Interesse der ärmeren Districte des Westerbald für die Herstellung einer Verbindung zwischen der Ober-Westerbald-Bahn und der Deutz-Giechener Bahn ein.

Abg. v. Bismarck (Platow) befürwortet den Bau einer Bahn von Kassel nach Deutsch-Krone.

Abg. Graf (Eberfeld) wünscht, daß die in Aussicht genommene Linie Elberfeld-Strohnberg-Habnberg berührt. Der Anschluß dieses durch seine Industrie hervorragenden Ortes werde die Rentabilität der Bahn in Frage stellen. Er bitte, die Vorlage an die Budgetcommission zu verweisen.

Abg. Broekmann bittet um die Ausarbeitung eines Bahnprojectes, welches die Kreise Brüm, Daun und Wittburg erschließt.

Abg. Wehr bedauert auf das Tiefste, daß auch in dieser Vorlage der Osten nicht so berücksichtigt ist, wie derselbe es verdient. Die Tarifpolitik der Staatseisenbahnverwaltung ist wesentlich dem Westen zu Gute gekommen. Erst jetzt hat sich der Herr Minister zu Tarifermäßigungen verstanden, welche den Handel Danzigs auf das Schwerste schädigen müßten. Es wiederholt sich auf dem Gebiete der Eisenbahnpolitik dieselbe Erscheinung wie auf dem Gebiete der Zollpolitik. Die Vorteile der Getreidezölle sind auch im Wesentlichen dem Westen zugefallen. Das ist nicht ohne Bedenken. Es ist eine selbstmörderische Politik, wenn die Herren aus dem Westen neidvoll aufschreien, wenn auch einmal dem Osten 100000 Mark bewilligt werden sollen. Sie mögen Colonisation treiben, so viel sie wollen, Ihre Industrie kann nicht blühen, so lange Sie das Hinterland im Osten vernachlässigen. Dieselbe hat darnieder gelegen seit dem Augenblicke, wo der Osten seine Kaufkraft eingebüßt. Wenn Sie den Osten nicht mehr bedenken, so scheitert Ihre ganze Colonisationspolitik.

Abg. Wölkemann tritt für den Ausbau des Central-Personenbahnhofs in Osnabrück ein.

Abg. Schmidt (Stettin) weist darauf hin, daß gegen einen Nothstand der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen die Ermäßigung der Zinsen für die von den Landwirtschaftsbanken gewährten Darlehen spreche.

Abg. Seyfarth (Rottenburg) wünscht bei dem weiteren Ausbau des Secundärbahnnetzes eine größere Berücksichtigung der nothleidenden Landwirtschaft im Rheingebirge.

Minister Maybach erklärt, daß seit der Verstaatlichung der Eisen-

bahnen Westen und Osten der Monarchie mit gleicher Gerechtigkeit gemessen werde. Wenn dem Verlangen nach Tarifermäßigungen für Getreidetransporte vom Osten nach dem Westen widersprochen wurde, so geschah das aus dem Grunde, weil nur der Eisenbahnbezirksrath in Bromberg für diese Forderung eingetreten war. Die Vernachlässigung der Interessen einer Provinz wird der Staatseisenbahn-Verwaltung mit Unrecht zur Last gelegt; auch wird sich dieselbe niemals die Bevorzugung eines Landestheils auf Kosten des andern zu Schulden kommen lassen.

Abg. Kumpff dankt dem Minister für die Bewilligung der Linien Elberfeld-Cronenberg und Wülfrath-Berpel.

Abg. Berger erklärt, niemals einen schärferen Angriff auf den Eisenbahnminister und unqualifizierbare Beschuldigungen gegen den Westen gehört zu haben, als heute von Herrn Wehr. Er weiß nichts von einem Gefühl des Neides auf den Osten, auch davon nichts, daß die Vorteile der Verstaatlichung der Bahnen dem Westen zugefallen wären. Von dort aus sei nicht der Ruf der Verstaatlichung der Bahnen erschollen, denn man besaß bereits musterhaft verwaltete Privatbahnen. Daß auch die Getreidezölle lediglich dem Westen vorteilhaft gewesen sein sollen, ist um so unbegründeter, als derselbe kein Getreide zu verkaufen hat.

Abg. Steinmann legt im Interesse seines Wahlkreises Gewicht auf den Bau einer Linie Stallupönen-Tilsit.

Abg. Meyer (Breslau): Ich weiß nicht, wie der Herr Minister meine Eigenschaft als Reichstags-Abgeordneter für Halle in Verbindung setzen konnte mit der Kritik, die ich an der Motivierung des Bahnprojectes Salmünde-Teusenthal ausübe. Ihm ist diese Kritik scheinbar unangenehm gewesen, mir ist meine Eigenschaft als Reichstags-Abgeordneter für Halle sehr angenehm. (Herrlichkeit.)

Abg. Bork wünscht, daß beim Bau der Linie Sarnau-Franenberg die Einbeziehung des Verkehrs des Osthals berücksichtigt werde.

Abg. Popelius hält den Anschluß der Rhein-Nahabahn an die rhein-pfälzischen Bahnen für wünschenswerth.

Abg. Wehr beruft sich auf das Zeugnis des Abg. Hänel, der gleichfalls vor wenigen Tagen erst nach über die Vernachlässigung des Ostens geklagt habe.

Abg. Pleß wünscht von Seite der Regierung darüber eine beruhigende Auskunst, daß auch nach Fertigstellung des zweiten Geleises auf der Linie Deutz-Kalk die Linie Deutz-Boppert nicht eingegeben solle.

Abg. v. Schorlemer-Alst weist gegenüber dem Abg. Wehr nach, daß stets im Hause den Bedürfnissen und Wünschen des Ostens die größte Rücksicht erwiesen sei. Er möge nur an die Canalvorlage denken. Die Auffassung derselben von den Getreidezöllen sei eine feindselige. Die Freunde der Schutzpolitik haben sich nur gefragt: Was ist ein Interesse des Vaterlandes?

Abg. v. Beiche ersucht um Fortsetzung der Bahn Rogasen-Inowrazlaw über Gornikau.

Abg. Hupfien weist nach, daß der Anschluß der Salmündener Bahn an Halle anstatt an Teusenthal die Ausführung des Projectes um das Sechsfache vertheuern werde.

Abg. Mooren tritt für neue Bahnbauten in dem Eifelgebiete und für den Ausbau einer Bahn Biersen-Straelen ein.

Abg. v. Rauchaupf muß gegen die Vorwürfe des Abg. Wehr entschieden Widerspruch erheben. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist gemacht, um die Differentialtarife zu beseitigen, und nun kommen die Interessenten und wollen sie wieder einführen. Das sind Sonderbestrebungen, die keine Berücksichtigung verdienen.

Abg. v. Fürth weist auf die Nothlage der Eifelgegenden hin, die wirksam nur durch die Förderung des Eisenbahnbaues zu bekämpfen ist.

Abg. Wehr: Herr v. Schorlemer hat meine Rede nicht gehört, und doch polemisiert er gegen dieselbe. Das ist eine ritterliche Kampfweise, die haarstarr vorbeizieht an der Klopfschere. In Betreff der Differentialtarife bin ich mit Herrn v. Rauchaupf einverstanden. Nun führt aber der Herr Minister selbst auf weite Strecken Ausnahmestellen ein, um der Schifffahrt wirksame Konkurrenz zu machen.

Abg. v. Strombeck ersucht die Commission, auf die Prüfung der Beirathspflicht der Gemeinden zu den Grunderwerbskosten Sorgfalt zu verwenden.

Abg. v. Rauchaupf erwidert, daß er sich lediglich gegen das Streben des Ostens gewendet habe, Ausnahmestellen für ihre Getreidetransporte nach dem Westen zu gewinnen. Diefem Bemühen hat das Staatseisenbahnwesen einen Riegel vorgeschoben.

Nachdem noch der Abg. Sander sich für die Vorlage ausgesprochen, wird dieselbe an die Budgetcommission verwiesen.

Schluß 2¼ Uhr. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen.)

sehen, wie wieder dieser und jener ausgelitten. Zwei Gebete hatte sie ihn gelehrt, die er stets in der Dämmerstunde beten mußte: eines für den verstorbenen Vater, bei dem sie meist mit Thränen in den Augen stumm zuhörte, und ein anderes, bei dem es ihm mit jedem Worte schauderte, obgleich er sich seinen Sinn nicht zu deuten vermochte; ein Gebet nach Rache und Vergeltung, in dem er Glend und Verdammniß auf das Haupt eines Mannes beschwören sollte, von dem er einst gehört, daß er sein Großvater sei; ein Gebet wie ein täglicher Fluch, bei welchem die Mutter stets die Schlussworte mit fester Stimme mitsprach.

In solchen Augenblicken schien ein unheimliches Feuer in ihr aufzuzuckern, und wer sie da sehen konnte, der mochte sie wohl für irre halten; war der Schicksalschlag, der sie getroffen, doch zu schwer gewesen für ihre Kraft?

Wie hatten die finsternen schwarzen Augen vor Jahren lebensfrohen in die Welt geguckt! Damals war das abgehärmte Weib die lustigste, flinkste Dirne am Klingerhof, dem größten Bauernhof im Tauernegebiet, im Salzburgerischen.

Der Anton, des Bauern einziger Sohn, hatte sie lieb, und schwor es ihr und sich selber zu, sie müsse die seine werden! Da gab es nun ein schweres Donnerwetter am Hofe, der Bauer fluchte so grausig, wie es selbst der alte Martil, der doch schon an die dreißig Jahre dort im Dienste war, nie zuvor so arg gehört hatte; nur den Toni schreckte das Fluchen nicht, er hatte einmal sein Herz an das Mädel geschent, und als Hanni aus dem Hause mußte, zog er den schwarzen Augen nach, weg von Haus und Hof, und verdingte sich drüben auf der anderen Seite des Tauerne als Knecht. Die Keusche in der Einöb erwarb er als sein Eigen, und dann kam trotz des schweren Fluchens doch auch des Segens Gottes, ein Buble, blond und blauäugig wie der Vater; wenn er Abends nach Hause kam, oft freilich todmüde, da hätte er die armelige Keusche, an deren Thüre ihn Hanni, das Kind am Arme, mit einem freundlichen Lächeln begrüßte, nicht mit dem großen Hofe verkauft, auf dem er Herr gewesen wäre, hätte er sich die Liebe zu der armen Dirne aus dem Herzen reißen können. . . . und dann — einmal muß es ja doch noch gut werden. . . . wenn nur der Großvater erst das Buble sieht — wird er auch nachgeben! . . .

An einem Sonntag machten sie sich auf den Weg, die Hanni freilich ein wenig zaghaft, um so siegesgewisser der Toni, den Vaterstolz und Vaterfreude mit Zuversicht erfüllten. „Das könnt' gar nicht sein“, hatte er wiederholt zur Hanni gesagt, „daß ein Vater auf sein Kind nimmer gut werden soll!“

Aber vom Hofe aus waren die drei schon gesehen worden, und bis hinein kamen sie nicht; der Altknecht Martil kam ihnen, vom Bauern gesandt, entgegen, und würgte seine Botchaft mühsam heraus, als koste ihm jedes Worte schwere Plage: der Anton möge nur gar nicht in's Haus treten, — allein solle er kommen, dann könne er auch gleich dableiben, wenn er sich aber untersehe mit der Hanni — so wolle der Bauer den Hofhund . . .

Das letzte Wort blieb dem treuen Alten in der Kehle stecken.

Der Toni aber hörte schon gar nichts mehr, er hatte feht gemacht und Hanni war ihm still weinend gefolgt. Allein sollte er kommen? Ohne die Hanni? Ohne sein Kind? Nicht einmal sehen wollte der Bauer sein Enkelkind. . . . Der Hof hinter ihm und die Leute drinnen kamen ihm plötzlich wie etwas ganz Fremdes vor, und als die Hanni ängstlich zu ihm aufsaß, küßte er den Kleinen und lächelte ihr zu.

Dann verging ein Jahr — in ungetrübtem Glücke. Sie waren Beide stark und treu in ihrer Liebe, schafften tüchtig für das Kind, und freuten sich seines Gedeihens. Toni ging jetzt oft ins Holzfallen, und schaute weder Mühe noch Gefahr, wenn es galt, einen guten Tagelohn heimzubringen, was ihm bei seiner Kraft und Geschicklichkeit auch nicht fehlen konnte.

War er nun aber doch einmal unvorsichtig gewesen — kurz, eines Abends war Alles aus, und die Holzknechte brachten ihn heim, bis zur Unkenntlichkeit entstell, von einem Baumriesen erschlagen!

Die Hanni hatte ihn wie sonst an der Hüttenthüre erwartet, und als sie den Zug mit der Tragbahre, die die Knechte aus Geäste verfertigt hatten, kommen sah, war ihr, als hörte ihr Herz auf zu schlagen; sie brachte keinen Schreckensruf hervor, nur die Farbe wich aus ihrem Gesichte, und seither war sie so schrecklich bleich.

Der Begräbnistag kam heran und sie hatte noch kein Wort gesprochen; vom Hofe des alten Klinger kam nur der Martil herüber, gegen den Willen des Bauern. Der mochte es noch so zornig verboten haben, dem Toni, den er aufwachen gesehen, nicht das letzte Geleit zu geben, das hätte der Martil nicht über's Herz gebracht. Die Weiber stießen einander an und sahen verwundert drein, daß denn die Hanni gar nicht weinte; stumm ging sie hinter dem Sarge her, den Kleinen fest an die Brust gedrückt, der unglücklich lächelnd die Aermchen nach dem Blumenstrauß ausstreckte, und trostlos blickten die brennenden, schwarzen Augen ins Leere. . . .

(Schluß folgt.)

Berlin, 27. Februar.

Den einzigen Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildete: Die Brantwein-Monopol-Vorlage. In der am 23. Januar d. J. stattgehabten außerordentlichen General-Verammlung wurde bekanntlich eine Commission beauftragt, weitere Vorbereitung der Frage gewährt. Die Commission, die aus Freunden und Gegnern des Monopols zusammen-gesetzt war, hat sich schließlich getheilt. Die Majorität der Commission (Anhänger des Monopols) stellte folgende Resolution, die sich nur in den ersten 4 Punkten mit der am 23. Januar d. J. der außerordentlichen Generalversammlung vorgelegenen Resolution deckt:

In Bezug auf den Gesetzentwurf, betreffend das Brantweinmonopol, beschließt der Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland folgendes:

I. In Erwägung, daß eine starke Erhöhung der dem Brantwein auf-zuerlegenden Steuer, in welcher Form diese auch erhoben werden mag, nach den in England, Frankreich, Belgien, Oesterreich-Ungarn und Ruß-land gemachten Erfahrungen, den Untergang der im landwirtschaftlichen Nebengewerbe betriebenen Brennereien und die Bildung gewerblicher Groß-betriebe zur Folge haben muß, daß das Interesse des Staates in dem Ein-flusse gipfelt, welchen der Brennebetrieb auf die Hebung der Landes-cultur ausübt, daß dieses Interesse aber nur durch die Beibehaltung des Brennebetriebes als landwirtschaftliches Nebengewerbe vollständig wahr-genommen werden kann, daß die schwer darniederliegende Landwirtschaft den Verlust des in den Brennereien angelegten Capitals von rund 1000 Millionen Mark nicht zu ertragen im Stande ist, muß die erste Auffor-derung, welche an das zukünftige Brantweinbesteuerungs-gesetz zu stellen ist, die sein, daß der Fortbestand der vorhandenen Fabrikationsbetriebe sicher gestellt wird. Der Monopol-Gesetzentwurf entspricht dieser An-forderung.

II. In Erwägung, daß jede starke Steuererhöhung eine Verminde-rung des Consums, damit einen Ueberfluß an Waare und einen Preis-rückgang zur Folge hat, daß demgemäß ein Theil der Steuererhöhung zu einer persönlichen Belastung der Fabrikanten entgegen der Absicht des Gesetzgebers wird, hält der Verein es für die Pflicht des Staates, im Fall einer starken Steuererhöhung eine Garantie in Betreff der Preis-bildung des Spiritus zu übernehmen. — Dies geschieht in dem Monopol-gesetzentwurf durch Fixirung eines Preisminimums.

III. In Erwägung, daß bei starker Steuererhöhung eine Verminde-rung des Consums und Ueberfluß an Waare entsteht, hält es der Verein für die Pflicht des Staates, selbst für die Verwendung dieses Ueberflusses einzutreten — das geschieht in dem Monopolgesetzentwurf durch die Ueber-nahme sämtlichen Spiritus, aus demjenigen, welcher zum inländischen Consum keine Verwendung finden kann, durch den Staat (Export durch den Staat). Durch die im Monopolgesetzentwurf vorgesehene steuerfreie Abgabe von Spiritus für gewerbliche Zwecke wird der Ueberfluß von Waare wesentlich herabgemindert werden.

IV. In Erwägung, daß die nach I, II und III entstehenden Verpflich-tungen des Staates mit zunehmender Production wachsen, hält es der Verein für ein Recht des Staates, die Erweiterung bestehender Betriebe und die Neuanlage solcher von seiner Zustimmung abhängig zu machen. — Dies geschieht in dem Monopolgesetzentwurf durch die Contingentirung der Production.

Der Verein, als Vertreter der Spiritusproduzenten, erklärt sich gemäß den Punctationen I—IV mit den Principien des Monopol-Gesetzentwurfs einverstanden, beschließt jedoch bezüglich der Einzelbestimmungen folgendes:

V. In Erwägung, daß der Durchschnittspreis der letzten 25 Jahre für verfeinerten Spiritus über 55 M., für unversehrten 39 M. betrug, und die letzten 10 Jahre zu den schlechtesten zählen, hält der Verein die Preis-fixirung des Monopol-Gesetzentwurfs für Kartoffelspiritus auf Grund der letzten 10 Jahre zwischen 30—40 M. für unrichtig, und schlägt als Preis-minimum 34 M. vor. In Erwägung jedoch, daß eine einheitliche Nor-mirung des Preises für das ganze Deutsche Reich weder den jetzt be-stehenden thatsächlichen Preisverhältnissen, noch den Produktionsbedingungen entspricht, hält der Verein eine zonenweise Abgrenzung des Preises für geboten, durch welche Zuschläge zu dem Minimalpreis bis zu 6 M. zur Zahlung gelangen.

Va. In Erwägung, daß durch das Monopol eine vertragsmäßige Ent-gegnung der Erträge des Brenneiergewerbes stattfindet, hält der Verein es für notwendig, daß diesem Vertragsverhältnis in dem Gesetz ein besonderer Ausdruck gegeben werde in dem Sinne, daß der § 23 des Monopol-Gesetzentwurfs einen Zusatz folgender Gestalt erhalte: Die Preisgrenze des Minimums von 34 Mark für das Hektoliter Kartoffel-brantwein ist — da eine vertragsmäßige Entgegnung der Erträge des Brenneiergewerbes durch das deutsche Reich stattfindet — so limitirt, daß der Bundesrath, so lange dies Vertragsverhältnis dauert, unter diesen Minimalpreis herabzugehen niemals berechtigt ist; und daß demgemäß die Worte „bis auf Weiteres“ in dem § 23 des Gesetzentwurfs gestrichen werden.

VI. In Erwägung, daß die Festsetzung des Preises für Kartoffel-spiritus innerhalb bestimmter Grenzen nach dem Monopol-Gesetz-Entwurf der Willkür des Staates überlassen ist, hält es der Verein für notwendig, die Preisbildung der Willkür zu entziehen, indem dieselbe der jedesmaligen jährlichen Production nach einer gesetzlich zu bestimmenden Regel anzupassen ist, wie es in der Anlage des Antrages begründet wird.

VII. In Erwägung, daß bei der jetzigen Lage der Landwirtschaft sehr viele Brenneierbesitzer nicht im Stande sind, die Vorläufe zu emdehren, die sie bisher regelmäßig von ihren Spiritusabnehmern entnommen haben; daß aber die Monopolverwaltung in der Lage ist, ohne Risiko solche Vor-läufe zu machen, hält es der Verein für notwendig, daß diese Vorläufe auch von der Monopolverwaltung obligatorisch nach generellen Vorschriften gewährt werden.

VIII. Der Verein erklärt sich mit dem für Korntrintbrantwein ange-setzten Durchschnittspreis von 65 M. für den Hektoliter einverstanden. In Erwägung jedoch, daß auch dieser Qualitätsbrantwein unter sehr ver-schiedenen Verhältnissen, insbesondere bei wechselnden Roggenpreisen her-gestellt wird, hält der Verein eine Specialisirung der Preisnormirung in dem Sinne für erforderlich, daß bei einem Jahres-Durchschnittspreis von 140 M. für Roggen an der Berliner Börse, für Kornbrennereien, welche zugleich Preßhese gewinnen, ein Grundpreis von 55 M., für Kornbrennereien,

welche keine Preßhese gewinnen, ein Grundpreis von 80 M. festgesetzt wird, und daß der Grundpreis in dem Sinne regelmäßig nach Jahresabschluß für das vergangene Jahr abgeändert wird in dem Sinne, daß für jede 10 M., um welche sich der Roggen-Durchschnittspreis ändert, der steigenden Preisen ein Zuschlag, bei fallenden Preisen ein Abzug von 3 M. für das Hektoliter Brantwein gemacht wird. Die Bestimmung des Grundpreises von 55, bezw. 80 M. würde als eine vertragsmäßige Festlegung zu erachten sein, gemäß Resolution Va.

IX. Der Verein erklärt sich mit dem Princip, daß kleinen Kartoffel- und Kornbrennereien ein Preiszuschlag gewährt wird, einverstanden, in Er-wägung jedoch, daß diese Brennereien mit sehr bedeutenden Unkosten arbeiten, schlägt der Verein eine Preisabstufung in dem Sinne vor, daß denjenigen Brennereien, welche jährlich nicht mehr als 100 hl Spiritus in die Monopol-Verwaltung abliefern, ein Preiszuschlag von 5 M. für das Hektoliter gewährt werde, und daß dieser Preiszuschlag bei einer Ab-lieferung von nicht mehr wie 200 hl auf 4 M., bei Ablieferung von nicht mehr wie 300 hl auf 3 M. festgesetzt werde.

X. In Erwägung, daß durch das seit 65 Jahren bestehende Maisch-raumsteuer-gesetz verschiedene Betriebsspecialitäten, Kartoffelbrennerei, Korn-brennerei und Kornbrennerei mit Preßhese-gewinnung, gemäß den möglichen Ausbeuten vom Maischraum und den Aussteuer-gesetzen ausgebildet sind, daß durch das Maischraumsteuer-gesetz ein Sporn zur Entwicklung der Technik gegeben ist, welcher das deutsche Brennereiwesen zu einem hohen Maße der Vollkommenheit emporgehoben hat, und daß durch den Monopol-Gesetz-Entwurf diese historisch gewordenen, wohlthätigen Verhältnisse auf-gehoben werden, erklärt der Verein es für erforderlich, daß die Begrenzung der Spiritusmenge, zu deren Erzeugung jede einzelne Brennerei fernerhin verstatet werden soll, nach Wahl, entweder nach Hektolitern Spiritus er-folge, gemäß den Bestimmungen des § 4, oder nach dem Gährbottichraum, zu dessen Bemessung die einzelne Brennerei, gemäß ihrem bisherigen Betrieb, zu verstatet ist, festgesetzt werde, daß bei der Anlage der Brennerei-Kataster durch das Monopolamt festgesetzt werde, welcher Betriebsspeciali-tät die einzelne Brennerei angehört, und daß endlich das Uebergehen von einer Betriebsspecialität auf die andere nur nach Genehmigung durch das Monopolamt erfolgen dürfe.

XI. In Erwägung, daß diejenigen Brennereibesitzer, welche rectificirte Waare oder Trintbrantwein herstellen und in den Handel bringen, in dem § 81 des Gesetzentwurfs nicht genügend berücksichtigt sind, erklärt der Verein, daß für diese Kategorie von Brennerei-Inhabern die Entscheidung in der Weise zu regeln ist, daß in aufsteigender Scala bei zehnjährigem Betriebe der achte Teil des jährlichen Reinertrages als Entschädi-gung gezahlt wird, und für jede fünf Jahre längeres Bestehen eine weitere Entschädigung in Höhe des einfachen Jahresgewinnes ansteigend bis zu dem zwölften Teil des Reinertrages gewährt wird.

XII. In Erwägung, daß die Aufrechterhaltung des Spiritus-Exportes Deutschlands im Interesse der Landescultur erwünscht ist, die Monopol-verwaltung jedoch das natürliche Bestreben haben wird, diesen Export durch den allmählig steigenden Inlandsconsum abzurufen zu lassen, hält der Verein eine Abänderung des Monopolgesetz-Entwurfs für notwendig, wonach die gesetzlich vorgesehenen Betriebs-Erweiterungen und Neuanlagen von Betrieben dem Bevölkerungszuwachs angepaßt werden, wie in der An-lage dargelegt ist.

Die Minorität der Commission (Gegner des Monopols) stellt folgenden Beschlus an: § 1. Die Maischraumsteuer wird fortgehoben. Außerdem wird von allem im Inlande verbrauchten Spiritus von Hektoliter zu 100 pSt. eine Consumsteuer von 100 Mark vom 1. August 1886 ab erhoben. — § 2. Der Spirituskeller wird von der Steuerbefreiung ver-schloffen; jeden dritten Tag wird der Spiritus in fässer unter Aufsicht der Behörde gelassen; der Besitzer fährt aus dem Keller in steuerfreie Lager der Kaufleute den Spiritus unter Begleitung, nachdem derselbe in vorher tarirte Fässer gefüllt ist; durch das Gewicht des vollen Fasses wird dann der Inhalt ermittelt. Aus dem Lager der Kaufleute geht er steuerfrei zum Export oder zur Denaturierung oder mit der obigen Steuer belastet in den Consum über. — § 3. Die jetzt vorhandenen Brennereien werden nach dem letzten dreijährigen Durchschnitt ihres Betriebes, wenn die Brennerei erst im letzten oder vorletzten Jahre in Betrieb gesetzt ist, nach diesem contingentirt. Ergibt sich, daß in einem Jahre mehr als 420 Millionen Liter zu 100 pSt. producirt sind, so wird für nächstes Jahr im Verhältnis dieser Ueberproduction der Betrieb aller Brennereien durch Verordnung der Reichsregierung eingeschränkt. Neue Brennereien können errichtet werden, wenn die Culturl der betreffenden Landguts es erfordert und wenn ein geringeres Quantum als 420 Millionen Liter bei vollem Betrieb der vor-handenen Brennereien producirt wird. Ueber die Errichtung entscheidet ein Gutachten von Sachverständigen, deren Vorsitzender ein Beamter der Reichs-regierung ist. — § 4. Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Exportvergütung von 16 Mark bis auf 22 Mark zeitweise zu erhöhen, wenn der Bundesrath dies im Interesse des Reiches für vorthellhaft erachtet.

Gegen 11½ Uhr Vormittags eröffnete der Vorsitzende, Landes-Oekonomie-rath Kiepert (Marienfelde) die Versammlung und theilte zunächst mit, daß im Auftrage des landwirtschaftlichen Ministeriums Geh. Regierungsrath v. Heydebrand und der Laja, im Auftrage des preussischen Finanz-ministeriums Geh. Regierungsrath Voccius und im Auftrage des deutschen Reichs-Schatzamt Geh. Regierungsrath Dr. Böme erschienen seien. — Es entspann sich alsdann eine Geschäftsordnungsdebatte über den Modus der Abstimmung in Betreff der Anträge in Sachen des Brantwein-Monopols. Der Vorsitzende erklärte: Die Namen der Mitglieder werden bei der Abstimmung nicht veröffentlicht werden. Man werde die Abstimmung nach dem bekannten Hammelsprung-Modus vor-nehmen, damit die Zeitungen nicht in die Lage kommen, die Namen der Abstimmenden mitzutheilen. (Beifall.) — General-Consul Eisenmann (Berlin) beantragt: Die Abstimmung derart vor-zunehmen, daß auch der Vorstand die Namen der Abstimmenden nicht feststellen könne. — Nittergutsbesitzer Schulz (Boosen): Ich muß mich ganz entschieden gegen die gestellten Anträge wenden. Ich beantrage im Gegentheil die Namen der Abstimmenden zu veröffentlichen. (Beifall und Widerspruch.) Ich sehe in der That keinen Grund ein, weshalb Jemand die Deffentlichkeit bei der Abstimmung zu scheuen hat. (Beifall und Widerspruch.) — Nach noch längerer, heftiger Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag von Schulz (Boosen) mit allen gegen etwa 3 Stimmen abgelehnt, dagegen der Vorschlag des Vorstandes, wonach die Abstimmung

dem Hammelsprung-Modus gemäß und gegen Abgabe der Mitgliedskarten erfolgt, fast einstimmig angenommen. Der Vorsitzende erklärte vorher: Die Mitglieder sind befugt, ihre Namen auf den Karten unentgeltlich zu schreiben.

Der Referent, Nittergutsbesitzer v. Liebmann (Bomst), begründet als-dann die seitens der Majorität der Commission gestellte bereits oben mit-getheilte Resolution. Die Resolution sei mit 9 gegen 4 Stimmen in der Commission angenommen. Nach dem Redner gipfelt die jetzige Nothlage in dem Umstande, daß jeder Consumist bis zum letzten Augenblicke mit dem Einkauf des Spiritus warte. Dadurch seien bei allen Händlern nur sehr geringe Quantitäten vorhanden, aller Spiritus sei an der Börse. In Folge dessen werden die Preise ganz außerordentlich gedrückt. Habe man aber erst eine Consumsteuer, dann werde dies Uebel nur noch bedeutend vergrößert. Deshalb sei die Consumsteuer eine der schlechtesten Steuern. Alle Spiritusfabrikanten werden darin einig sein, daß es so nicht bleiben könne, daß zur Verbesserung der Nothlage der Spiritusindustrie etwas ge-schehen müsse. Er (Redner) sei auch kein besonderer Anhänger des Mono-pols, er sehe jedoch keinen anderen Ausweg, um aus der Nothlage heraus-zukommen. Die Vorschläge der Minorität würden ein Händler-Monopol bedeuten; einem Händler-Monopol sei jedoch jedenfalls ein Staats-Monopol vorzuziehen. Jedenfalls sei das Staats-Monopol der einzige Weg, auf dem der Spiritus-Industrie aufgeholfen werden könne. Er ersucht, die Resolution der Majorität anzunehmen. (Beifall.)

Spiritusfabrikant Guttman (Berlin): Zunächst muß ich bemerken, daß man den Gegnern des Monopols in der Commission die Zustimmung gemacht hat, aus der Commission auszuscheiden, da sie ihre Meinung ge-ändert hätten. (Hört, hört!) Wir verlangen zunächst eine Reform der Brantweinsteuer und alsdann eine Consumsteuer. Solchergehalt ist die Consumsteuer lediglich ein Händlersteuer, während das Monopol die reinste Fabriksteuer bedeutet. Der Consumist wird stets bis zum letzten Augenblick mit dem Einkauf warten. Die Consumsteuer würde lediglich dem sogenannten Brantweinwucherer steuern, ein Umstand, den man wohl nicht bedauern kann. Daß unsere Vorschläge ein Händler-Monopol be-deuten, kann ich nicht fassen. (Beifall und Widerspruch.) Ein auf den Freihandel basirtes Verfahren kann doch kein Monopol sein. (Beifall und Widerspruch.) Der Redner ging alsdann des Näheren auf die Resolution der Majorität ein und bemerkte: Ich behaupte, daß eine sehr bedeutende Verminderung des Consums eintreten wird. (Widerspruch.) Es ist doch nicht zu leugnen, daß sämtliche Vergleichs-Staatsbeamte werden. (Widerspruch.) Die kleinen Brantwein-Consumenten, Bauern, Arbeiter zc. werden sich sehr ungern von Staatsbeamten bezüglich ihres Schnaps-consums kontrolliren lassen. Der Consum würde dabei sich nicht, wie ausgerechnet, um 20 pSt., sondern um 40 pSt. vermindern und die Winder-Einnahme würde sich auf 100 Millionen Mark belaufen. Nun ist nicht außer Acht zu lassen, daß durch das Monopol hundertaufende neuer Socialdemokraten geschaffen werden. (Hört, hört!) M. H.! Es ist doch nicht zu verkennen, daß durch das Monopol eine ganze Reihe kleiner Leute ruiniert und diese alsdann in die Reihen der Social-demokraten getrieben werden würden. (Zusimmung und Wider-spruch.) Ich frage: wozu die Welt bezüglich der Spiritus-Industrie aus den Angeln heben, die Spiritus-Märkte und alle möglichen Dinge abschaffen, ohne für die Spiritus-Industrie etwas zu erreichen? Daß die Regierung die Absicht hat, durch das Monopol den Spiritus-Fabrikanten zu helfen, kann ich nicht glauben. (Heftiger Wider-spruch.) Meine Herren! Die Regierung ist gar nicht so sehr human; sie gewährt angesichts der Nothlage der Spiritus-Industrie nicht einmal eine Steuerfindung. Ich erlaube Sie, folgendem Antrage zuzustimmen: „Die Versammlung beschließt: 1) dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes, be-treffend das Brantwein-Monopol, seine Zustimmung zu verweigern; 2) den Vorstand des Vereins zu beauftragen, auf Grund der vorliegenden Vor-schläge in der Denkschrift, „den Weg zum Ziele“, betreffend die Reform der Brantweinsteuer mit der Brantwein-Consumsteuer, ein Gesetz aus-zuarbeiten zu lassen und dasselbe der Reichsregierung der Verathung eines eventuell neuen Gesetzentwurfes bezüglich der Brantweinsteuer zur ge-neigten Berücksichtigung zu unterbreiten.“ (Beifall und lebhafter Wider-spruch.) — Nittergutsbesitzer v. Bismarck (Kniephof): Ich muß dem Herrn Vorredner zunächst bemerken, daß auch in anderen Ländern Mono-pole existiren, eine dadurch verursachte Unzufriedenheit aber nicht vor-handen ist. Der Consum würde sich auch durch die von der Minorität vorgeschlagene Consumsteuer vermindern. Die Berechnungen des Vor-redners sind sehr willkürlich. Jedenfalls wäre die Ablehnung des Mono-pols eine sehr unpolitische. Ich ersuche Sie, den Anträgen der Majorität der Commission zuzustimmen. (Beifall und Widerspruch.)

Reichstagsabgeordneter Sombart: An der Spitze des Entwurfs werden die höheren Finanz-Einnahmen betont, daß man der Brantweinsteuer ent-gegengetreten wolle, und daß man damit der bedrängten Lage der Landwirth-schaft zu Hilfe kommen wolle. Redner habe in erster Beziehung stets bedauert, daß gegenüber anderen Staaten der Brantwein so wenig für die Staatskasse eintrage. In Bezug auf die Brantweinsteuer bedauert der Redner, daß das Reichsgesundheitsamt nicht schon längst hier eingetreten sei und die Production geseuert habe von dem verderblichen Fäulnis. Das bringe eine wahre Vermuthung der Nation zu Wege. Der Kartoffel-brantwein entfällt von diesem Fäulnis gerade am meisten. Redner ist der Ansicht, daß aller Brantwein gereinigt werden muß, doch braucht es dazu noch keines Monopols. Auch im Hinblick auf die Lage der Industrie sei ein Monopol nicht notwendig. Die Industriefallen hätten selber einen sehr großen Theil der Schuld. In erster Linie sei es die Ueberproduction (um ein Fünftel der Production), diese müsse zunächst eingeschränkt werden. Hierbei müßte unser Brantweinsteuer-gesetz zu Rathe gezogen werden. Redner theilt den Standpunkt des Referenten Guttman. Es sei schon früher eine Petition dem Reichstage zugegangen, die die Maischraumsteuer behalten wolle, natürlich eine reformirte. Die Maischraumsteuer war früher das Palladium der Industrie; heute werfen alle Monopolisten dieselbe in den Papierkorb. Damit stellen sie sich ein Armuthszeugnis aus. Die Brantwein-Industrie müßte der Landwirtschaft als Nebengewerbe er-halten bleiben. Die Maischraumsteuer habe vorzüglich gewirkt nach dieser Richtung hin. Redner giebt statistische Zahlen, um dies anschaulich zu machen. Die Maischraumsteuer habe gerade die Entwicklung zum Groß-betriebe, die die Ueberproduction leiste, aufgehoben. Redner will zunächst eine Reform dieser Steuerart. Es sollen drei Steuerstufen (jezt zwei) mit

Kleine Chronik.

Breslau, 1. März.

Ueber die Jagdfahrt nach Polen, welche Prinz Wilhelm jüngst unternommen, ist der Kreuzzeitung nachträglich noch der folgende eingehende Bericht zugegangen: „Der Mittelpunkt der fürstlichen Radziwill'schen Jagdungen in Rußland bildet das große feste Schloß von Wieswicz, das schon bei den kriegerischen Operationen Karls XII. und Napoleons I. eine Rolle spielte, ein bestfestigter Palast mit zwei großen Seitenschlüssen und einem Corps de Logis. In diesem Castell verweilt Prinz Wilhelm mit dem Besizer, Fürst Anton Radziwill, nur, um eine Mahlzeit einzunehmen. Von da ging die Reise weiter nach einem Jagdhaufe des Fürsten Radziwill, wo übernachtet und eine Jagd gemacht wurde. Die übrigen Jagden wurden von Denisowicz ausgemacht, das von Wieswicz etwa 20 Meilen entfernt liegt. Auf kleinen, einpännigen, aus Stroh geschnittenen Schlitten mit Bügelbespannung fuhr man ins Revier durch hochliegenden Schnee; die Kälte war mächtig. Im Ganzen wurden acht Bären erlegt. Prinz Wilhelm schoß einen starken Bären und zwei Bärinnen, darunter eine starke; diese hatte vier Jungen, die etwa sieben Wochen alt sein konnten, zwei davon würgten die Hunde, zwei wurden erhalten. Außer diesen Bären erlegte Prinz Wilhelm noch einen Elchhirsch, Prinz Mathias Radziwill erlegte vier Bären, der persönliche Adjutant des Prinzen Wilhelm, Major von Krosigk, eine starke Bärin. Ein von Mathias Radziwill dem Prinzen geschenkter, ziemlich erwachsener jähmher Bär wurde bei Anfunft des Prinzen in Berlin sogleich nach dem Zoologischen Garten übergeführt, die zwei jungen kamen unter Obhut des Leijägers Rolffing in einem Fuhrlade nach Potsdam. Es ist ein männlicher, genannt Zwan, und ein weiblicher, genannt Mascha. Zur Zeit werden sie in einer mit Stroh ge-füllten Kiste aufbewahrt und bekommen alle vier Stunden die Milchschäse. Sie sind dunkelgrau von Farbe und geben Laute wie kleine Kinder von sich; sehr deutlich zeigt sich bei ihnen schon die Lust am Klettern. Vor einigen Tagen wurde der Leijäger Rolffing beordert, sie nach Berlin ins königliche Palais zu bringen. Dort in den Gemächern des Kaisers zeigte sie Prinz Wilhelm seinen kaiserlichen Großeltern, die an den politischen Bewegungen der Thronerben viel Vergnügen fanden. Dann wurden sie in das Kronprinzliche Palais gebracht, um dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin gezeigt zu werden; die Frau Prinzessin Wilhelm und die prinziplichen Kinder hatten sich gleich nach der Anfunft des Prinzen gesehen.

Preisaufrage. Die Göttinger Akademie der Wissenschaften hat für das laufende Jahr folgende Preisaufrage gestellt: Es soll eine möglichst

vollständige Uebersicht und kritische Erörterung der Versuche gegeben werden, die Nationalitäten Europas, sei es durch wirkliche Volkszählung, sei es durch anderweitige Schätzungen, numerisch festzustellen. Daran soll sich ein eigener Versuch, die Bevölkerung Europas etwa im Stande von 1880, 1881, nach den Nationalitäten zu gliedern, anschließen.

Subscriptionenball. In den Balletaufführungen, welche im Verlaufe des zweiten Subscriptionsballes im königlichen Opernhause zu Berlin statt-finden, werden die hervorragendsten Kräfte des königlichen Ballets, u. A. die Damen d'El Gra, Hoffwaller, Wisoky, die Herren Glasemann, Müller, Burwig u. s. m. mitwirken. Die Aufführung der Quadrille aus „Nurjah“ wird von Chorgefängen begleitet sein, welche der königliche Hoforchestror ausgeführt; in der „Gavotte“ werden ausschließlich Damen mitwirken.

Eine Goethe-Gesellschaft in London hat sich auf Anregung und unter dem Vorsth des bekannten Schriftstellers und Goethe-Forschers H. Schuy-Wilson unter dem Namen: „The English Goethe society“ ge-bildet, welche der Weimarer Goethe-Gesellschaft affiliirt ist und den Zweck hat, deren Veröffentlichungen aus dem Nachlaß im Archiv auch in England Ver-breitung zu verschaffen, sowie überhaupt das Studium von Goethe's Werken im Auslande zu fördern.

Im fünf Centimes. Man schreibt der „Frankfurter Zeitung“: „Der Cassationshof in Rom hatte sich dieser Tage über einen wirklich außer-ordentlichen Proceß auszusprechen. Am 22. September 1884 begab sich der Advocat Nicolaos von Siano nach Rom, eine 300 Gramm Zucker enthaltende Büchse mit sich führend. Die dienstfertigen Angestellten des städtischen Detours tarirten die Büchse mit 4 Centimes Zoll und 1 Cen-time Stempelgebühr, zusammen 5 Centimes. Der Advocat zahlte unter Protest, denn es handelte sich um eine unter 500 Gramm wiegende Waare, welche tollfrei sein sollte, und strengte gegen die ewige Stadt einen Proceß auf Herausgabe der 5 Centimes an. Die Gerichtshöfe gaben dem Adv-ocaten Recht und der Appellationshof bestätigte diesen Richterpruch. Die zöche Stadtverwaltung wollte jedoch alle Instanzen erschöpfen und so hat nun der Cassationshof die dreifache Niederlage mit Verurtheilung der Administration zu sämtlichen Kosten im Betrage von etwa 3500 Francs eingeleitet. 3500 Fr. Kosten wegen 5 Centimes!“

Der Tenorist des Hamburg-Altonaer Stadttheaters, Heinrich Böttel erhielt bei einem jüngst auf dem Heimgehefeste in Hamburg veranstalteten Schlitten-Wettfahren beim Hauptrennen den ersten Preis, ein complettes Schlittengeschirr.

Ein Ball ohne Männer. Aus München, 18. d., wird berichtet: „Vorgertern Abends hat im „Bayerischen Hof“ ein Maskenball der Künft-lerinnen stattgefunden, der von 600 Personen weiblichen Geschlechts be-sucht war. Herren war der Zutritt zum Ball nicht gestattet; trotzdem soll sehr stark gezecht worden sein. Ein großer Theil der Masken war im Herren-Costum, als Offiziere zc. erschienen. Heute wieder findet ein ähn-licher, von den Kunstschülerinnen arrangirter Ball statt. Selbstverständlich ist auch die Bedienung weiblich.“

Vom Theater.

Im Berliner Residenz-Theater wurde am Sonnabend ein Pro-verb von Euard Pailleron „Der zündende Funke“ und ein breiactiger Schwank „Herr Gobin und seine Töchter“ von Maurice Ordonneau ge-spielt. Das erste Stück fand — wie die „Post. Bl.“ schreibt — eine sehr freundliche Aufnahme; der Schwank stieß stellenweise wegen der absurden und dabei recht geistlosen Erfindung auf Widerstand, während einzelne höchst komische Situationseffekte große Heiterkeit erregten.

Das Comité des Théâtre français hatte vor Kurzem acht Mit-gliedern der Bühne, darunter Fr. Dublay, die seit drei Jahren „socié-taire“ war, gekündigt und dieser den Vorstoß gemacht, sie als „pensionnaire“ zu behalten. Fr. Dublay, die augenblicklich die einzige Tra-gödin im Hause Mollière's ist, weigerte sich, dies anzunehmen, und unter-nahm beim Unterrichtsminister Goblet und dessen Unterstaatssecretär Turquet Schritte, um diesen Beschluß rückgängig zu machen. Herr Goblet hat nun Fr. Dublay den Antrag gestellt, sie möge sich als „pensionnaire“ mit einem Gehalt von 20 000 Franken auf fünf Jahre engagiren lassen, nach deren Ablauf sie eine halbe „sociétaire“-Pension, d. i. 3000 Franken bezöge. Diese nahm das Anerbieten an, da aber das Comité sich nicht einverstanden zeigte, bestimmte der Unterrichtsminister in einem Erlaß, daß Fr. Dublay als einzige Schauspielerin der Bühne für Tragödiennollen noch durch zehn Jahre dem Théâtre français als „sociétaire“ anzu-gehören habe, darob Bühnenskrichen in den Reihen der bisher als unpöblich gehaltenen Künstler der ersten Bühne des Landes, indes das unpopuläre Publikum den Schritt des Unterrichtsministers absolut gutießt. — Eine spätere Nachricht meldet: In Folge der Wiederaufnahme des Fräulein Dublays als „sociétaire“ des Théâtre français auf Orde des Ministers Goblet demissionirten Got, Delannay, Coquelin, Fédore, Bourz, Monnet-Sobin, Laroche als Mitglieder des Administrations-Comité; bloß Mau-bant blieb.

25, 30 und 35 Pf. pro 25 Liter Maisbrenn angelegt werden, um die Ungleichheiten der Besteuerung gegenüber kleinen, mittleren und größeren Betrieben auszugleichen. Der Entwurf sei auf den Leib der Kartoffelbrenner zugeschnitten: man habe auf die Kornbrenner ganz verzichtet. Redner acceptirt den Antrag Guttman und schließt mit den Worten, daß zwar das Monopol ein weiteres Band zwischen Nord und Süd sei, wie ein Redner früher gesagt hatte. Allein in Gelsbach hört die Gemeinlichkeit auf, und Viele würden sich befinden, auf den Altar des süddeutschen Vaterlandes jährlich 30 Millionen Mark niederzulegen. Darum seien die süddeutschen Kammern mit so großem Enthusiasmus für das Monopol eingetreten. Mit dem Monopol würden auch Landwirthe erster und zweiter Klasse geschaffen. Redner wird nicht für das Monopol stimmen. Herr von Diefel-Daber tritt für das Monopol ein. Redner betont das Interesse der Landwirtschaft am Monopol, wobei indeß keine neuen Gesichtspunkte hervortraten. Redner glaubt, daß das Monopol auch das einzige Mittel sei zur Hebung der Preise. Der jetzige große Export, monatlich 10 Millionen Liter, sei gerade ein Beweis für die jetzige Existenz eines Gänse-Monopols. Redner leugnet auch das Vorhandensein einer Ueberproduction. (Lebhafter Widerspruch, Rufe: 11 Millionen Liter.) Auch die Strafbestimmungen des Monopols seien vorthellhaft, namentlich die §§ 57-58. Schließlich hebt Redner noch hervor, daß die Finanz-Einnahmen aus dem Monopol so erheblich sein würden, daß wir gegen andere Steuern geschützt seien. Im Einzelnen kritisiert der Redner die Vorschläge Guttman's, beschränkt sich indeß dabei, den einzelnen Behauptungen zu widersprechen, ohne jedoch auf eine sachliche Kritik der Vorschläge einzugehen. Herr Sombart habe gegen den Fasel geistert, der würde gerade im Monopol verschwinden.

v. Sydow (gegen): Durch das Monopol werden wir privilegierte Kartoffelbauer. Es sei ein höchst gefährliches Experiment, namentlich auch hinsichtlich der Preise. Man wird nicht in der Lage sein, vortheilhafte Handelsverträge abzuschließen zu können. Die Macht der Börsen auf die Preise werde sehr überschätzt, die Preise reguliren sich nach Conjunctionen des Weltmarktes. Redner will die Währungsfrage in die Discussion ziehen, da sie im Zusammenhang mit den Preisen und dem Monopol stehe, wird jedoch durch den Widerspruch der Versammlung daran verhindert. Redner schließt mit einem Appell an die Versammlung, den Bimetallismus zu befördern. Nachdem vielfach Schluß beantragt ist, läßt der Vorsitzende abstimmen. Es zeigt sich die Majorität für den Schluß, trotz der Ermahnungen, die Minorität nicht zu unterdrücken. Der Vorsitzende bittet, einzelne Gegner noch sprechen zu lassen.

Schulz-Posen: Redner sei einer der größten Brenner in der Provinz Posen, Besitzer von fünf Brenneren und zahle jährlich 120 000 M. Maisbrennsteuer. Er ist ein Gegner des Monopols. Redner wendet sich zunächst gegen die Preisbildung beim Monopol. Das Reich könne die Preise nicht zu Gunsten der Brenner reguliren, diese regulirten sich nach dem Weltmarkt. Geschieht es, so heißt das nichts anderes, als den Nothstand dieser Industrie auf das Reich übertragen. Den Vortheil, den das Reich allenfalls im Inlande erzielen konnte, würde es am Export wieder einbüßen. Die Ueberproduction sei nicht zu leugnen, gerade der starke Export bezeuge ihn. Redner stellt den folgenden Antrag, der in der Hauptsache so lautet: „In Erwägung, daß das Monopol, wie es vom Bundesrath vorgelegt ist, nicht geeignet ist, die Nothlage des Spiritusbrennereigewerbes zu heben, daß aber das nach den Vorschlägen der Commission oder in ähnlicher Weise veränderte Monopol seitens des Reiches unannehmbar ist, — in weiterer Erwägung, daß die Nothlage des Brennereigewerbes nur dadurch gehoben werden kann, daß ein Zwang auf Verminderung der Production ausgeübt wird.“ (Lebhafter Beifall.)

Peters-Bamberg macht darauf aufmerksam, daß der Kartoffelbauer ebenfalls eine Prämie verlangen werde. Auf das Schlußwort verzichtet der Referent v. Thiedemann. — Die nunmehr vorgenommene Abstimmung ergibt das folgende Resultat:

Für den amendirten Monopol-Entwurf sind (mittels Sammelstimmung) abgegeben: 267 Stimmen, davon 230 Kartoffelbrenner, 3 Spiritusbändler, 7 Kornbrenner und 27 weisse Zettel. Gegen das Monopol stimmten 52 Kartoffelbrenner, 32 Händler, 22 Kornbrenner und 14 enthielten sich der Abstimmung, zusammen 120. Die Minorität verzichtet nach diesem Resultat auf die Abstimmung über ihre Anträge.

Deutschland.

Berlin, 28. Februar. [Das Befinden des Kaisers.] Der kleine Unfall, von welchem der Kaiser am 25. auf dem Balle im Schlosse betroffen wurde, hat den hohen Herrn nicht gehindert, gestern die gesammten Regierungsgeschäfte zu erledigen. Die Reihe der Personen, welche vom Kaiser empfangen wurde, war eine außerordentlich große, ein Beweis, daß das Allgemeinbefinden nichts zu wünschen übrig läßt.

[Fürst Bismarck über die Währungsfrage.] Die „N. A. Z.“ schreibt:

2. Breslau, 1. März. [Von der Börse.] In der ersten Börsenhälfte war die Tendenz fest; im weiteren Verlaufe trat auf Berlin für Creditactien eine Abschwächung ein. Credit büsst den 2 1/2 Mark ein. Renten blieben fest. In Galizien fanden lebhaftere Umsätze statt. Laurahütte-Actien erlitten eine weitere Courseinbuße.

Per ultimo März (Course von 11 bis 1 1/2 Uhr): Galizier 82,35—40 bez., Ungar. Papierrente 77,10—77,25—77,15 bez., Ungar. Goldrente 84,25 bez. u. Gd., Russ. 1880er Anleihe 87,25—87,40 bez., Russ. 1884er Anleihe 99,40—99,65 bez., Russ. Orient-Anleihe II 62,75—62,90 bez., Oesterr. Credit-Actien 492—489,50 bez., Vereinigte Königs- und Laurahütte 83 bez., Russ. Noten 201,50 bez., Türken 15,60—15,65 bez.

Auswärtige Anfangs-Course.
(Aus Wolff's Telegr. Bureau.)

Berlin, 1. März, 11 Uhr 50 Min. Credit-Actien 491, —. Disconto-Commandit —, —. Fest.

Berlin, 1. März, 12 Uhr 25 Min. Credit-Actien 491, —. Staatsbahn 413, 50. Lombarden 208, —. Laurahütte 83, —. 1880er Russen 87, 40. Russ. Noten 201, 70. 4proc. Ungar. Goldrente 84, 30. 1884er Russen 99, 80. Orient-Anleihe II. 62, 80. Mainzer 99, 60. Disconto-Commandit 205, 40. Fest.

Wien, 1. März, 10 Uhr 10 Min. Credit-Actien 294, 80. Ungar. Credit-Actien —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier —, —. Oesterr. Papierrente —, —. Marknoten 61, 80. Oesterr. Goldrente —, —. 4% ungar. Goldrente 104, 60. Ungar. Papierrente —, —. Elbthalbahn —, —. Unentschieden.

Wien, 1. März, 11 Uhr 10 Min. Credit-Actien 295, —. Ungar. Credit —, —. Staatsbahn 255, 40. Lombarden 127, 50. Galizier 203, 60. Oesterr. Papierrente 86, —. Banknoten 61, 80. Oesterr. Goldrente —, —. 4% ungarische Goldrente 104, 55. Ungar. Papierrente —, —. Elbthalbahn 168, 25. Behauptet.

Frankfurt a. M., 1. März. Mittags. Credit-Actien —, —. Staatsbahn —, —. Galizier —, —.

Paris, 1. März. 3% Rente —, —. Neueste Anleihe 872 —, —. Italiener —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —.

London, 1. März. Consols —, —. 1837er Russen —, —. Wetter:

Wien, 1. März. [Schluss-Course.]

Cours vom		Cours vom
1860er Loose	Ungar. Goldrente ..	
1864er Loose	4% Ungar. Goldrente	
Credit-Actien	Papierrente ..	
Ungar. Credit-Actien	Silberrente ..	
Anglo	London ..	
St.-Eisenb.-A.-Cert.	Oesterr. Goldrente ..	
omb. Eisenbahn ..	Ungar. Papierrente ..	
Galizier	Elbthalbahn ..	
Poleonsdor ..	Wiener Unionbank ..	
Marknoten ..	Wiener Bankverein ..	

Durch mehrere Zeitungen geht die angeblich von dem hiesigen Bericht-erstatte der „Magdeburger Zeitung“ herkommende Notiz, daß Fürst Bismarck vor Kurzem einem nationalliberalen Abgeordneten gegenüber bei Besprechung der Forderung der Bimetallisten, daß die deutsche Reichsregierung in internationale Verhandlungen wegen der Doppelwährung sich einlassen solle, die Aeußerung gethan habe, „wenn er auf seinen Gütern auf die Befassenenjagd gehen wolle, so müsse er sich zwar auch in neblige Sümpfe begeben, kenne aber genau die Stellen, wo die Befassenen anzutreffen und auch zu schießen seien; nur in solche Sümpfwiesen begeben er sich in diesem Falle.“

Fürst Bismarck hat, wie wir bestimmt versichern können, diese völlig sinnlose Aeußerung nicht gethan, vielmehr hat er sich dahin ausgesprochen, daß er, wenn er auf Befassenenjagd gehe, ein Terrain, welches ihm nicht genau bekannt sei, nur betrete, nachdem er es vorher sondirt habe. In welcher Beziehung diese Bemerkung zu der Frage des Bimetallismus steht, brauchen wir wohl nicht weiter darzulegen.

[In der königlichen Münze] zu Berlin herrscht seit einigen Monaten eine überaus rege Thätigkeit, hervorgerufen durch bedeutende Bestellungen auf ägyptisches Geld, von welchem Mittwoch die erste große Sendung nach seinem Bestimmungsorte abgegangen ist. 7600000 Pfaster in großen, mit Zinneinlagen versehenen Kisten verpackt, um die neuen Münzen vor dem Einfluß des Salzwassers zu schützen, sind als erste Frucht deutscher Münzfertigkeit auf dem Wege nach dem Lande der alten Pharaonen, und noch viele ihres Gleichen werden ihnen folgen. Bei dieser ersten Sendung handelt es sich, nach dem „B. L.“, nur um Silbergeld — Stücke von einem bis zwanzig Pfaster. Die letzteren sind, obgleich sie lange nicht den Silberwerth enthalten, wie unsere Fünfschillingstücke, doch größer als diese, während das Einpfasterstück die Größe eines Zwanzigpfennigstücks besitzt. Die Ausprägung von Goldmünzen wird erst erfolgen, wenn der Bedarf an Silbergeld und namentlich an Kleingeld gedeckt ist. Die Münzen tragen auf der Aversseite die Initialen bezw. das Bildniß des Sultans, umgeben von einem Baumwollen- und Pappyrusstaudenzweig, um welchen die Schrift einen äußeren Ring bildet; auf der Reversseite die Werthangabe inmitten eines Rosenkranzes. Die Modelle zu den Stempeln sind von einem ägyptischen Modelleur hergestellt.

[Marine.] S. M. Kreuzerfregatte „Elisabeth“, Commandant Capitän zur See Schering, ist am 27. Februar c. in St. Vincent (Cap Verde) eingetroffen und beabsichtigt, am 1. März c. die Heimreise fortzusetzen.

Provincial-Beitung.

Breslau, 1. März.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** Die nächste Sitzung wird am Donnerstag, den 4. März cr., Nachmittags 4 Uhr, stattfinden. Außer einer großen Anzahl unerledigt gebliebener Vorlagen befinden sich u. a. folgende auf der Tagesordnung: Bericht des Directors Schneider, betreffend die Abschlässe der Gas- und Wasserwerke pro 1884/85; Mittheilung des Magistrats, betreffend die in der Verbindungsbahn gelegenen Unterführungen der Leich-, Neudorfer-, Schweidnitzer- und Höfchenstraße; Verkauf von Münzstücken; Verpflanzung des Plages vor den Grundstücken Matthiasstraße Nr. 92 bis 95 mit Platanen; Einrichtung der Lehrer-Arbeitswohnung im ersten Stock des Schulhauses Paradiesstraße Nr. 25/27 zu Klassenzimmern und Mietung von Räumen in dem Hause Bräderstraße Nr. 3f.

* **Zum Denkmal für Fritz Reuter.** Die plattdeutschen Vereine, deren Tendenz die liebevolle Pflege eines fast schon vergessenen Idioms ist, deren Grundlage und einander Kitt in den Werken Fritz Reuters liegen, haben es sich zur Aufgabe gemacht, im Anschluß an das bereits bestehende Reuter-Denkmal-Comité in Schwerin für das Reuter-Denkmal Spenden entgegen zu nehmen. Auch der hiesige „Plattbütsche Verein“, welcher jeden Mittwoch Abends 8 Uhr seine Sitzungen im Hotel de Gare, Schmiedebrücke 48 abhält, sammelt ebenfalls für das Reuter-Denkmal. Zahlungsstellen befinden sich bei den Herren: Rastow, Oberstraße 4, Aquarellfabrik von Thiem, Conradis, Albrechtsstraße 5, Conditorei von Orlandi und Steiner, Gewaltig, Albrechtsstraße 1, Emmericher Waaren-Expedition, Engelbusch, Reichsbank, Wallstraße 11, Albrecht, Glasermeister, Nicolaisstraße 47, Rohrt, Fleischbeschauer, Schmiedebrücke 67, Rende, Hotel de Gare, Schmiedebrücke 48, Markuse, Papierhandlung, Nicolaisstraße 40, Professor Dr. Schröter, Leichstraße, Ehrenberg, artist. Director des Saison-Theaters. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um insbesondere die Freunde des Plattdeutschen in Breslau zu veranlassen, ihr Scherflein beizuführen für ein Denkmal, welches unser Vaterland dem allbeliebtesten Humoristen schon lange schuldet.

* **Girschberg, 26. Febr.** [Abiturienten-Prüfung. — Feststellung des städtischen Etats.] Bei der unter dem Vorst. des Geh. Regierungs- und Provinzial-Schulrathes Herrn Dr. Sommerbrodt auf dem königlichen Gymnasium hier selbst heut stattgefundenen Abiturienten-Prüfung erhielten sämmtliche vier beteiligten Examinanden, darunter einer

unter Dispensation vom mündlichen Examen, das Zeugniß der Reife. — Seitens der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung wurden heute die städtischen Etats pro 1886/87 in Einnahme und Ausgabe auf folgende Gesamtsumme festgestellt: Fortifikation 24 895 M., Servistafel 19 753 M., Kasse der höheren Mädchenschule 15 282 M., Volksschulkasse 45 716 M., Mittelschulkasse 35 891 M., Kasse der Handwerker-Fortbildungsschule 3025 M., Armenkasse 35 562 M., Armenhauskasse 13 590 M., Abonnements-Krankenkasse 1200 M., Kasse des St. J. zum Heiligen Geist 3953 M., Adamißkasse 400 M., Hospitalkasse 18 519 M., Grundeigentums-Verwaltungskasse 100 787 M., Kammereikasse 270 946 M. Als Communalsteuer-Zuschlag gelangen pro 1886/87 wieder 150 pCt. der Klassen- und classificirten Einkommensteuer zur Erhebung. Die Kreis-Communalsteuern werden direct von den Steuerzahlern erhoben.

Telegramme.
(Aus Wolff's telegraphischen Bureau.)

Berlin, 1. März. Admiral Knorr ist mit dem Kreuzergeschwader am 28. Februar in Sidney eingetroffen.

Wien, 1. März. Ziehung der 1864er Loose. Auf Ser. 510 Nr. 12 fiel der Haupttreffer, auf Ser. 2019 Nr. 16 20000, Ser. 2853 Nr. 77 10000 Gulden. Weitere Serien: 115, 264, 364, 392, 628, 767, 1051, 1071, 1131, 1193, 1435, 2648, 2783, 2881, 2989, 2998, 3177, 3469, 3470, 3615, 3749, 3780, 3832, 3990.

Paris, 1. März. Nachrichten aus Decazville zufolge ist die Situation daselbst unverändert. Die Grubengesellschaft beabsichtigt die Arbeiten einzustellen, wenn die Arbeiter auf ihren Forderungen beharren.

Manchester, 1. März. Gestern Vormittag fand eine socialistische Kundgebung statt, welche ruhig verlief. Nachmittags rottete sich aber eine zahlreiche Menge zusammen, welche die Fenster einwarf und andere Ausschreitungen verübte. Die Polizei stellte schließlich die Ruhe wieder her und nahm Verhaftungen vor.

Handels-Zeitung.

Breslau, 1. März

* **Vereinigte Königs- und Laurahütte.** Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Die Aufsichtsrathssitzung, in welcher die Semestral-Bilanz vorgelegt werden soll, wird dieses Mal etwas später stattfinden, als im vorigen Jahre, nämlich erst gegen Mitte März. Der Abschluss wird, wie verlautet, entsprechend der allgemeinen Situation unbefriedigend ausfallen.

* **Petersburger Börse.** Der Berichterstatter der „Petersb. Ztg.“ schreibt vom 24. Februar: „Seit Anfang des Jahres bestand fast an jeder Börse ziemlich starker Rimessebedarf, nachdem derselbe mit der veränderten Strömung gänzlich geschwunden und auch das Zurückströmen von Fonds vom Auslande aufhörte, scheint es, als wenn wir uns am Vorabend einer starken Valuta-Hausse befänden. Der Fonds-markt bestand seitens des Auslandes für Orientanleihen, die nur theilweise befriedigt werden konnte, weil Abgeber trotz des hohen Courses in Folge der bestehenden Geldabundanz für grössere Beträge fehlen. Die Nachfrage nach fest verzinslichen Anlagewerthen war heute ebenso bedeutend wie gestern; die Course derselben erzielten weitere Avancen. Auf dem Eisenbahngebiete herrschte stürmische (!) Hausse, auf starke Käufe der Speculation und theilweise für Rechnung von Capitalisten. Die Hausse-Engagements sind ganz enorm und an Realisationen denkt vorläufig noch Niemand! Von Bankactien stiegen Internationale, Russen und Wolga-Kama-Bank gegen gestern ganz rapide.“

Marktblätter.

Berlin, 1. März. [Butter. Wochenbericht von Gebrüder Lehmann & Co., NW., Luisenstr. 36.] Im Grossen und Ganzen war das Geschäft unverändert, indem feine und mittelfeine Waare zu den gleichgebliebenen Preisen placirt werden konnte, während der Verkauf von abfallender und Bauernbutter im Rückstande blieb. Wir notiren Alles per 50 Kilogramm:

Für feine und feinste Mecklenburger, Holsteiner, Vorpommersche und Ost- und Westpreussische 95—100, Mittelsorten 90—95, Sahnenbutter von Domänen, Meiereien und Molkeeigenensschaften 85—90, feine 90—100, vereinzelt 102—105, abweichende 70—80 M. Landbutter: Pommersche 73—75, Hofbutter 78—80, Netzbrücker 70—73, Ost- und Westpreussische 65—70, Schlesische 70—73, feine 73—75, Elbinger 70—72, Tilsiter 72—75, Baisische 70—72, Gebirgsbutter 75—78, Ostfriesische 90—95, Thüringer 80—85, Hessische 80—85 Mark. Ungarische, Galizische, Mährische 60—65—68 M.

Letzte Course.

Berlin, 1. März. 3 Uhr 10 Min. (Dringl. Origin.-Depesche der Breslauer Zeitung.)

Cours vom		Cours vom
Oesterr. Credit ..		Gotthard ..
Disc.-Command. ult.		Ungar. Goldrente ult.
Franzosen ..		Mainz-Ludwigshaf. .
Lombarden ..		Russ. 1880er Anl. ult.
Conv. Tärk. Anleihe		Italiener ..
Lübeck-Büchen ..		Russ. II. Orient-A. ult.
Dortmund - Gronau-		Laurahütte ..
Enschede-St. Act. ult.		Galizier ..
Marienb.-Mlawka ult.		Russ. Banknoten ult.
Ostpr. Südb.-St. Act.		Neueste Russ. Anl.
Serben ..		

Producten-Börse.

Berlin, 1. März. 12 Uhr 25 Min. [Anfangs-Course.] Weizen (gelber) April-Mai 155, —. Sept.-Oct. 165, 75. Roggen April-Mai 138, 25. Sept.-Oct. 141, 50. Rüböl April-Mai 44, 40. Sept.-Oct. 46, —. Spiritus April-Mai 38, 40. Juli-August 40, 30. Petroleum März 23, 90. Hafer April-Mai 127, —.

Berlin, 1. März. [Schlussbericht.]

Cours vom		Cours vom
Weizen.		Rüböl.
April-Mai ..		April-Mai ..
Septbr.-Octrbr.		Septbr.-Octrbr.
Roggen.		
April-Mai ..		Spiritus.
Mai-Juni ..		loco ..
Septbr.-Octrbr.		April-Mai ..
Hafer.		Juli-August ..
April-Mai ..		August-Septbr.
Mai-Juni ..		

Stettin, 1. März. — Uhr — Min.

Cours vom		Cours vom
Weizen.		Rüböl.
April-Mai ..		April-Mai ..
Septbr.-Octrbr.		Septbr.-Octrbr.
Roggen.		
April-Mai ..		Spiritus.
Septbr.-Octrbr.		loco ..
		April-Mai ..
Petroleum.		Juni-Juli ..
loco ..		Juli-August ..

Concurs-Eröffnungen.

Johann Ewerling, Wirth und Krämer, und dessen Ehefrau Veronica Leydeker, Beide in Reinheim. — Kaufmann Gustav Graupner zu Braunschweig. — Firma Gebrüder Graupner zu Braunschweig. — Färbermeister F. Dauber in Bremervörde. — Eisengießereibesitzer Carl Robert Hartwig, Inhaber der Firma Chemnitz Weichengießerei Meichner und Hartwig in Chemnitz. — Verstorbenen Fleischermeister Carl Gottlob Bernhard May in Chemnitz. — Verstorbenen Oberst-Lieutenant Karl Weber zu Freidenz.

Schlesien: Kunstdrechslermeister Hermann Kopalt zu Breslau (in nicht eingetragener Firma „H. Kopalt“); Wohnung und Geschäftslocal: Reuschestr. Nr. 68; Concurs-Verwalter: Kaufmann Carl Michalock; Termin: 26. März.

